



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Florian Ritter, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Ruth Müller, Johanna Werner-Muggendorfer** und **Fraktion (SPD)**

Polizei nicht für CSU-Wahlkampf missbrauchen. Sogenannte Informationsoffensive zum PAG unterlassen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf

- die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bayerischen Polizei mit Schulen und Pädagogen wie etwa bei der Beratung zur Erstellung von Sicherheitskonzepten bei Amoktaten, in der Drogenprävention oder in der Verkehrssicherheitsarbeit bzw. -schule nicht durch eine „Informationsoffensive“ für Schulen und Hochschulen als versteckte Wahlkampfmaßnahme zur Rechtfertigung ihrer verfehlten Sicherheitspolitik mit der Verabschiedung des PAG-Neuordnungsgesetzes zu gefährden und
- die schon jetzt in vielen Polizeidienststellen prekäre Personalsituation mit über 2 Mio. Überstunden und einer Personalunterbesetzung von ca. 10 Prozent nicht zusätzlich durch Abordnung von Polizeibeamten an bayerische Schulen und Hochschulen zu verschärfen und die sog. Informationsoffensive zum PAG zu unterlassen.

Begründung:

Noch vor Verabschiedung des umstrittenen PAG-Neuordnungsgesetzes durch den Landtag am 15. Mai 2018 hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einer Pressekonferenz angekündigt, mit einer „Informationsoffensive“ die Debatte um das Gesetz beruhigen zu wollen und mit Hilfe einer „Dialogreihe“ mit Polizisten an Schulen und Hochschulen aufzuklären, wie das Polizeiaufgabengesetz (PAG) aus Sicht der Staatsregierung in der Praxis aussehe.

Diese Vorgehensweise ist einer politischen Diskussion unwürdig, da es zum einen grotesk ist, eine offene Diskussion anzukündigen, obgleich vorab vollendete Tatsachen geschaffen wurden und zum anderen der Plan, Polizeibeamte in Schulen und Hochschulen zu schicken, um Wahlkampf für die CSU und deren rechtsstaatswidriges Verständnis von Sicherheit zu machen, dem Grundkonsens einer demokratischen Auseinandersetzung widerspricht.

Polizeibeamtinnen und -beamte arbeiten in den letzten Jahren mit Schulen und Pädagogen an vielen Stellen vertrauensvoll zusammen, wie z. B. bei der Beratung zur Erstellung von Sicherheitskonzepten bei Amoktaten, in der Drogenprävention oder in der Verkehrssicherheitsarbeit. Die Polizei sichert trotz schwierigster Personalsituation die nicht-etatisierte Funktion zahlreicher Schulverbindungsbeamten. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wird durch die Pläne des Ministerpräsidenten gefährdet.

Wie sich aus einer Anfrage des Abgeordneten Markus Rinderspacher an das Staatsministerium des Innern und für Integration ergibt, ist die Bayerische Polizei permanent unterbesetzt und zwar um 9,7 Prozent (Stand: 01.01.2018). Entgegen der Ankündigungen der Staatsregierung hat sich die Situation an den Polizeiinspektionen im Freistaat im Durchschnitt nicht verbessert. Vor diesem Hintergrund weitere Personalkapazitäten außerhalb des polizeilichen Aufgabenbereichs einzusetzen, ist nicht hinnehmbar und eine Zumutung für die Polizistinnen und Polizisten in Bayern.